

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaleute Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. — Ueigen die dreispaltige Beilage über deren Raum 16 S. — Postatolag Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Zur Mafseier der Arbeiter. Zur Arbeitsnachweis-Frage. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die Konferenz von Vertretern der freien eingeschriebenen Putzmeister. — Wirtschaftliche Angelegenheiten. Situationsberichte. — Eingekandt. — Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Literarisches. — Briefkasten.

Zur Mafseier der Arbeiter.

Unaushaltbar vollzieht sich der Entwicklungsprozess der Menschheit. Vorwärts, immer vorwärts geht's mit ihr, ob blöde Thoren auch wähen mögen, es gäbe für sie keinen Fortschritt, sondern nur ein „Herumirren im Kreise.“ Nicht nur auf dem Wege des äußeren Sieges, sondern auch auf dem der Verfolgungen und Niederlagen brechen neue Ideen sich Bahn, welche berufen sind, die Gesellschaft mit all ihren Einrichtungen umzugestalten. Das kehrt die ganze Weltgeschichte und durch die Arbeiterbewegung der Gegenwart erfährt diese große Wahrheit eine neue Bestätigung. Als diese Bewegung mit der Parole „Lösung der sozialen Frage“ sich zu entwickeln begann aus kleinen, unscheinbaren Anfängen, wie haben da Thorheit, Unwissenheit, Vorurtheil hochmüthig ihrer gespottet und lächelnd gemeint, nimmer werde sie ihre „utopischen“ Ziele erreichen. Von einer sozialen Frage wollten die herrschenden Klassen damals noch nichts wissen und von sozialen Reformen erst recht nicht.

Längst ist der leichte Spott verstummt; längst ist, wie prophetische Geister schon vor Menschenaltern es verkündeten, die Frage der Sozialreform zur Lebensfrage der modernen Kultur geworden. Ständiger Haß hat sich gegen die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln herrschender Macht erhoben und ihre Verfolgung und Unterdrückung im Namen der „bedrohten Staats- und Gesellschaftsordnung“ proklamirt. Von Jahr zu Jahr ist die Verfolgung gewachsen. Die fanatischen Verfolger haben ungezählte wackere Kämpfer für das Recht der Arbeit schwer getroffen und im Namen der „Ordnung“ unermesslich viel Menschenglück zerstört. Aber das siegreiche Fortschreiten der sozialistischen Ideen haben sie nicht verhindern können. Immer fester schlägt der Glaube an den endgültigen Sieg des Rechtes der Arbeit im Volke Wurzel; immer deutlicher zeigt sich, daß das jetzt die ganze Kulturwelt beherrschende kapitalistische System in unaufhaltbarer Auflösung begriffen ist.

Wohl oder übel haben die herrschenden Interessensrichtungen die Sozialreform wenigstens in Prinzip anerkennen müssen. Aber in ihrer sozialreformatorischen Praxis äußert sich nur zu offenkundig das bedenkliche Bestreben, die Arbeiter zu beschwichtigen mit unbedeutenden Konzessionen, statt ernsthaft und ehelich auf die Ueberwindung der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und sozialen Korruption hinzuwirken. Sie glauben, die Geschichte hintergehen zu können, indem sie den Anbegriff der sozialen Frage und der sozialen Reform künstlich verwirren und zu Maßregeln greifen, die darauf berechnet sind, die Arbeit über ihre unverjährbaren Ansprüche

an Staat und Gesellschaft zu täuschen. Sie wollen nicht anerkennen, daß die Kultur Menschheit an einer neuen Epoche steht, welche eine ganz neue Ordnung der Dinge nach dem Gebot höherer Sozialgerechtigkeit nöthig macht. Sie verdrängen dem Arbeiter ihre „Freundschaft“ und „Fürsorge“, wollen ihn „helfen“ und seine Lage „nach Möglichkeit“ erleichtern. Nach Möglichkeit! Das bedeutet für sie, was sie gewähren können ohne Verletzung ihrer Herrschaftsprinzipien und ohne nennenswerthe Beeinträchtigung ihrer Interessen. Und für diese Hilfe verlangen sie noch obendrein vom Arbeiter die Verzichtleistung auf sein Recht. „Meine Arbeiter müssen auch außerhalb der Arbeitsstätte thun, was ich will,“ sagt der Industriekönig Stumm. Und „nachdem durch die Versicherungsgesetze so vorzüglich für die Arbeiter gesorgt ist, brauchen sie das Koalitionsrecht nicht mehr“ behaupteten noch vor kaum einem Jahre andere Unternehmer.

Für derartige „Sozialreform“ sind die sozialpolitisch gebildeten Arbeiter nicht zu haben. Je inniger sie vertraut sind mit den Lehren des Sozialismus, je gewisser folgen sie der Ueberzeugung, daß das große Ziel der Befreiung der Arbeit von der Herrschaft des Kapitalismus nur erreicht werden kann auf dem Wege der organischen Entwicklung. Aber eben deshalb halten sie um so fester an ihrem Recht.

Es nützt nichts, „schützende Dämme“ gegen die Hochfluth der sozialen Bewegung aufzuwerfen. Am besten ist's man müht sich nicht, derartige Dämme zu errichten, die Arbeiterbewegung einzuschranken. Denn je freier und ungehinderter sie sich bethätigen kann, je besser. Nicht in der Arbeiterbewegung sollte man die große Gefahr sehen, sondern in den Einrichtungen und Zuständen, gegen die sie kämpft.

Das gilt für alle Staaten der modernen Kultur. Gründliche soziale Reformen, welche den organischen Fortschritt verbürgen, — das ist der gewaltige Appell, mit dem in diesen Waiagen die Arbeiter der Kulturstaaten zum dritten Male an die öffentlichen Gewalten und an die herrschenden Klassen sich wenden. Millionen von Männern und Frauen des arbeitenden Volkes haben und drüben des Ozeans, wo immer der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, erheben am 1. Mai voll feierlichen Entschusses friedlich ihre Hand zur Bekundung ihrer Solidarität für die von den internationalen Arbeiterkongressen erhobenen Forderungen, betreffend die **internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung**. Es ist ein Wille, der die Arbeitermassen bei dieser Kundgebung leitet, und eine Idee, die sie erfüllt. Sie wissen: ist eine solche Arbeiterschutzgesetzgebung auch noch nicht gleichbedeutend mit der Lösung der sozialen Frage, so ebnet sie doch den Weg dazu, und wenn der ernste Wille vorhanden ist, die wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, dann ist eine gründliche, wirksam internationale Arbeiterschutzgesetzgebung der nothwendige erste Schritt.

Dieser große Reformgedanke, dessen Träger und Verfechter bis jetzt eigentlich nur die so-

zialdemokratischen Arbeiter waren, muß innerlich ausreifen, ehe er in's öffentliche Bewußtsein übergehen und von diesem als Volkergesetz verkündet werden kann. Hat erst der öffentliche Geist ihn in sich aufgenommen, so wird die Nothwendigkeit seiner Verwirklichung auch von den Regierenden anerkannt werden müssen. Haben wir doch vor zwei Jahren erlebt, daß der deutsche Kaiser die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung — von der bis dahin die Verfechter der kapitalistischen Sonderinteressen behaupteten, sie involvirte eine „umstürzlerische“ sozialdemokratische Forderung — im Prinzip anerkannte. Und schon Jahre zuvor hatte sie diese Anerkennung seitens der schweizerischen Regierung gefunden.

Die internationale Propaganda für diese Forderung, die ihr geltende Mafseier, soll Zeugniß ablegen von dem redlichen Bestreben der Arbeiter, ihre gerechte Sache durch die Gewinnung des öffentlichen Geistes zum Siege zu bringen. Käuft doch das ganze Wesen der Arbeiterbewegung auf einen großen geistigen Kampf hinaus, dessen Ziel und Ende nur in der Befiegung der falschen Willensrichtung zu suchen ist, die sich aller großen und durchgreifenden wirtschaftlich-sozialen Reformen entgegenstellt.

Wie stark diese falsche Willensrichtung, ein Ausfluß des privilegierten Sonderinteresses, noch ist, zeigt sich u. A. recht deutlich an dem gewaltigen Widerstande, den diese Macht dem **achtstündigen Arbeitstage**, als Grundlage der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, bereitet.

Was die Verwirklichung speziell dieser Forderung, der möglichsten Verkürzung und gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit auf der Basis internationaler Vereinbarung für die arbeitenden Klassen und die ganze Kultur zu bedeuten haben würde, darüber haben wir uns ja schon so oft eingehend ausgesprochen. Immer mehr hervorragende Männer der Wissenschaft, die nicht zur Sozialdemokratie zählen, unterstützen die Arbeiterpartei offen in dem Bemühen, mit dieser Forderung durchzudringen.

Verbündet mit der Macht der Thatfachen, gegen die alles Sträuben und alles Protestiren auf die Dauer nichts hilft, schreitet die Elite der Arbeiterschaft aller Kulturstaaten ahernals zu der großen Manifestation ihrer auf die friedliche Lösung der sozialen Frage gerichteten Gesinnung.

Mag blöder Unverstand auf gegnerischer Seite auch jetzt wieder, wie in den Vorjahren seinen Haß und seinen dummen Spott auf die manifestirenden Arbeiter schleudern, — diese werden um so begeisterter sich geloben, in unverbürlicher Treue sich dem großen Emanzipationskampfe der Arbeit zu weihen. Es ist der unaufhaltbar vorwärtsbringende Geist der neuen Zeit, der, mahnend und anspornend, heraustritt aus dem millionenfachen Zubelruf:

**Das Recht der Arbeit!
Hoch!
Die internationale Sozialdemokratie!**

Zur Arbeitsnachweis-Frage.

Diese Frage beschäftigt seit Jahren die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse. Leider hat man nicht immer und nicht überall mit dem nötigen Ernst und der erforderlichen Energie zu verhandelt; gerade in anderen Zeit hat man sie nebensächlich behandelt, wo nicht ganz und gar ignoriert. Um so eifriger sind die Unternehmer darauf bedacht gewesen, den Arbeitsnachweis in ihre Hand zu bringen; sie wissen sehr wohl, daß derselbe eine gewisse Macht gewährt. Und diese Macht haben die Arbeiter ja auch schon oft genug zu sehen bekommen zu ihrem Schaden.

Es ist sehr anerkennenswert, daß jetzt in gewerkschaftlichen Kreisen die Ueberzeugung sich Bahn bricht, es müsse endlich Ernst gemacht werden mit der Lösung dieser Frage nach Maßgabe der Arbeiterinteressen. Aber tief bedauern müssen wir, daß Vorschlagsentwürfe mit unterlaufen, welche im höchsten Grade bedenklich sind. Die Stuttgarter Gewerkschaften sind entschlossen, einen von der Gemeindebehörde zu verwalten den all-gemeinen Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen und zwar auf Grund folgenden Statuts:

§ 1. Der unter der Kontrolle des Stadtvorstandes stehende gewerbliche Arbeitsnachweis für den Gemeindebezirk hat den Zweck, Stellenjuchenden Arbeit zu vermitteln und wenn möglich allmonatlich eine Arbeitslosenstatistik aufzunehmen.

§ 2. Zur Ausübung der Geschäfte wählen die Arbeiter und Unternehmer des Gemeindebezirktes eine achtleidige Kommission, bestehend aus vier Arbeitern und vier Unternehmern. Die Wahlen sind geheim und werden an einem von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Tage vorgenommen. Die hierzu erforderlichen Bestimmungen werden ebenfalls von der Gemeindebehörde festgesetzt und in den öffentlichen Blättern bekannt gegeben. Als Wahlmodus gilt der gleiche, wie bei den Wahlen zum Gemeinderat; jedoch mit der Erweiterung, daß auch die Arbeiterinnen an der Wahl teilnehmen und die Arbeiter beiderlei Geschlechts vom 21. Jahre an wahlberechtigt sind.

§ 3. Als Vorsitzender dieser Kommission fungiert der jeweilige Vorsitzende des Gewerksgerichts.

§ 4. Die Sitzungen der Kommission werden vom Vorsitzenden einberufen und finden allmonatlich statt. Außerordentliche Sitzungen können vom Vorsitzenden jederzeit einberufen werden.

§ 5. Die Stellendermittlung geschieht in einem vom Stadtvorstand zur Verfügung gestellten, oder von demselben gemieteten Bureau und ist für Unternehmer wie für Arbeiter unentgeltlich.

§ 6. Die Geschäfte im Arbeitsnachweismuseum, einschließlich event. Kassenerführung, besorgen zwei von der Gemeindebehörde bestellte Beamte. Dieselben sind der Arbeitsnachweis-Kommission unterstellt und haben deren Anordnungen und Verfügungen unbedingt Folge zu geben. Widersetzt sich einer oder der andere der Beamten diesen Anordnungen, so kann derselbe auf Antrag der Kommission und unter Zustimmung der Gemeindebehörde nach vierteljährlicher Kündigung seines Amtes entlassen werden. Die Beamten werden zu gleichen Teilen einer aus den Kreisen der Unternehmer und einer jeweils der Arbeiter unter Zustimmung der Gemeindebehörde von der Arbeitsnachweis-Kommission ernannt.

§ 7. Für die Ausführung der Geschäfte gilt ein zu diesem Zwecke besonders ausgearbeiteter Reglement. Dasselbe ist im Arbeitsnachweis-Bureau anzufinden und trägt gleichzeitig die Namen der Kommissionsmitglieder.

§ 8. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. Oktober in Kraft und haben die Gültigkeit der Dauer.

Die in dem vorstehenden Statute erwähnten Artikel sind dieser Entwurf einer zukunftsweisenden Arbeit unterzogen, die nicht weniger überaus als der Entwurf selbst. Da hoffen wir zunächst auf die sonderbare Behauptung, daß der berufsgewerkschaftliche Arbeitsnachweis dem Arbeiter nichts und besonders ihm schade weil er ihn in der letzten Verwerthung seiner Arbeitskraft mehr oder weniger einschränke. Wer ein solches Argument ausführt, der beweist damit, daß er von den gewerkschaftlichen Aufgaben, speziell denen des Arbeitsnachweises, nichts versteht! Die ganze gewerkschaftliche Organisation mit all ihren Einrichtungen und besonders mit der des Arbeitsnachweises hat den Zweck, einen möglichst starken Einfluß auf den Arbeitsmarkt auszuüben zu Gunsten der sich anbietenden Arbeitskraft. Die sogenannte "freie" Verwerthung der Arbeitskraft ist ein kapitalistischer Grundgedanke; sie ist als Grundgedanke für wildem und planlos

Arbeitsangelegenheiten mit dem Konkurrenzkampf der Arbeiter zu vereinbaren; mit dem Arbeiter n. m. l. in den P. d. i. s. und gerade diesem Uebelstande in erster Linie mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation entgegenzutreten. Was hat es denn für einen Zweck, bestimmte Arbeitsbedingungen für eine Arbeiterklasse zu fordern, ihre Gewährung unter Umständen durch einen Streik der Unternehmer abzuwirken, wenn man der sogenannten "freien" Verwerthung der Arbeitskraft alle Thüren offen läßt? Diese "freie" Verwerthung muß eingeschränkt, an bestimmte Voraussetzungen gebunden werden, über deren Einhaltung die gewerkschaftlichen Organisationen strengstens zu wachen haben; wenn anders ihre ganze Thätigkeit nicht eitel Spielerei sein soll. Die Gewerkschaften haben dem Arbeitsnachweis sich von dem Grundgedanke leiten zu lassen, daß der, welcher an diese Arbeit eintreten will, solche nur zu den Bedingungen annimmt, welche die organisierte Arbeiterklasse anerkennt, und nicht zu denen, welche dem Unternehmer jeweilig beliebt. Gerade darin liegt ja die praktische Bedeutung des Arbeitsnachweises für die Arbeiter. Will man ihm diese Bedeutung nicht heimischen, dann ist es thörichte Eitel- und Mäheberühmung, sich überhaupt um den Arbeitsnachweis zu kümmern; dann lasse man ihn ruhig eine P. d. i. s. sein. Wenn es richtig ist — und nach kapitalistischen Begriffen ist es richtig — daß der Arbeiter, unbekümmert um die Interessen seiner Kollegen, seine Arbeitskraft unter allen Umständen frei verwerthen kann, selbst zum niedrigsten Hungerlohn, dann hängt man auch nur wenig die ganze gewerkschaftliche Organisation an den Nagel; dann hat sie keinen Zweck und keinen Sinn. Aber nach den Begriffen, die in der Arbeiterbewegung maßgebend sind, ist das nicht richtig. Gerade um der stets wachsenden Zahl der Arbeitslosen hat die gewerkschaftliche Organisation so schwer zu rechnen; und der Arbeitsnachweis soll wenigstens denen von ihnen, welche Arbeit bekommen können, zum Vortheil gereichen.

Der Verfasser des "Vorwärts"-Artikels meint dann: "Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Gemeinde-Arbeitsnachweis bestrebender wirken muß als die bestehenden. Die Gemeinden selber haben an einer solchen Umgestaltung des Arbeitsnachweises ein erhebliches Interesse. Sie müssen die durch die Arbeitslosigkeit riesenhaft anschwellende Armenlast tragen, und so ergibt sich von selbst, daß sie ein Recht haben, an der Regulierung des Arbeitsverhältnisses in jener Richtung mittheilzunehmen. Dem anarchischen Kapitalismus, dessen Organisation bekanntlich der Staat, Gemeinde, Staat, Familie, sprengende Beruf ist, wird das natürlich nicht in der Form passen. Aber ihm paßt überhaupt keine Regelung des Wirtschaftslebens. Soweit es sich um rein technische Angelegenheiten handelt, muß und soll der Beruf seine Angelegenheiten selbst regeln, denn die Gemeinde kann nicht wohl beurtheilen, was technisch notwendig ist oder nicht. Soweit der Beruf aber der Gemeinde in dieser oder jener Form Lasten auferlegt, muß man ihr die Möglichkeit geben, das Gesamtinteresse dem Beruf gegenüber auf's Energischste vertreten zu können. Einen Anfang hierzu hat man in dem Vorschlage der Stuttgarter Gewerkschaften erblickt."

In der That, äußerlich ist die Krone aller Mauten ist aber, daß der Verfasser meint, ein kommunistischer Arbeitsnachweis vermöge die anschwellende Armenlast einzuschränken. Ach nein, durch ein solches Institut wird nicht ein armer Arbeiter mehr Beschäftigung erhalten, als ohne ein solches. Die Armenlast rechtfertigt die Theilnahme der Gemeinde an der Regulierung des Arbeitsverhältnisses" sicherlich nicht. Da mache man doch lieber gleich die ganze Arbeiterfrage zu einer Frage des Armenwesens! Sieht man denn nicht ein, wie weit man mit solchen Ansichten von den Fahren ablenkt, die der gewerkschaftlichen Bewegung durch prinzipielle und taktische Erwägungen vorgeschrieben sind? Das Ringen nach immer größerer Selbstständigkeit, welches die deutsche gewerkschaftliche Agitation charakterisirt, erhält ein eigenhüchliches Pendant in dem Versuche, einen der wichtigsten Zweige der selbständigen Verwaltung unter behördlicher Aufsicht zu stellen.

Die Urheber des Stuttgarter Statuts täuschen sich gewaltig, wenn sie glauben, in der öffentlichen Hand einen Arbeitsnachweis-Kommission eine Garantie zu haben, daß die Interessen der Arbeiter durch wirklich genüge. Wo gibt es denn in Deutschland eine Stadterwaltung, die nicht aus Seiten des Unternehmers Interessen sucht? Und abgesehen davon: jeder ernsthafteste Konflikt zwischen Arbeiter und Unternehmer in der betreffenden Stadt wird die ganze Verwaltung sofort über den Haufen werfen; der Interessentgegenstand in der Arbeitsnachweis-Kommission wird zum schärfsten Ausdruck kommen und mit Hilfe der Stadterwaltung werden die Interessen der Arbeiter die Einrichtung

für ihre und gegen die Interessen der Arbeiter auszuüben verstehen.

Man behellige die Arbeiter doch nicht mit solchen Projekten, die geeignet sind, Verwirrung anzurichten.

Die organisierte Arbeiterkraft hat sich zu halten an dem Grundgedanke, daß die Verwirklichung des Arbeitsnachweises lediglich Sache der gewerkschaftlichen Organisation ist. Man bemühe sich für die Ausgestaltung, für die Kräftigung dieser Organisation. Ist sie eifrig das geworden, was sie sein soll und muß, dann wird ihr die Frage des Arbeitsnachweises keine Schwierigkeiten mehr machen. Aber Uffah, weil sie noch nicht so weit ist, der Ortsbehörde sagen: "Nimm du den Arbeitsnachweis", — das ist jedenfalls ein recht unglücklicher Gedanke, der mit unseren Ansichten von den Aufgaben der Gewerkschaften unvereinbar ist. Und noch unglücklicher ist die Vertheidigung, die der Schreiber des "Vorwärts"-Artikels diesem Gedanken hat zu Theil werden lassen.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

20 000 Mark unterschlagen?! Unter dieser Spitzmarke schreibt der "Gewerksverein": "In einer öffentlichen Auktionsversteigerung, welche am Charfreitag in Berlin stattfand, theilte der Vorsitzende, Maurer-Hoffmann, mit, daß eine Anzahl Meister insgesamt zu 20 000 Mark unterschlagen worden seien, die den Gesellen vom Lohne abgezogen worden, unterschlagen habe. Es ist wahr, dann zeigt dies, wie nützlich doch die Zwangsstellen für gewisse Meister sein können. Der "Gewerksverein" scheint also an der Wahrheit zu zweifeln. Wir haben die in Rede stehende Thatsache vor einigen Wochen (Nr. 8 und 9 Blattes) ausführlich einer vom Vorstande der Berliner Ortskrankenkasse der Maurer an den Reichstag gerichteten Petition mitgeteilt. In dieser Petition sind sogar die sämtlichen Meister, welche die den Gesellen abgezogenen Klassenbeiträge in eigenem Nutzen verwendet haben, namhaft gemacht. Der Herausgeber des "Gewerksverein", Herr Dr. Max Jirsch, welcher ja selbst Reichstagsabgeordneter ist und die betreffende Petition erhalten hat, ist vielleicht so freundlich, der Redaktion seines Blattes mitzutheilen, daß die von dieser mit einem Fragezeichen begleitete Mittheilung durchaus wahr ist."

Eine Weltausstellung ist schon seit etwa drei Jahren für Berlin projektiert. Das Projekt hat selbstverständlich auch für die Baugewerbe eine große Bedeutung. Seine Verwirklichung würde diesen Gewerben einen nicht unbedeutenden Aufschwung sichern. Nunmehr hat am 13. d. M. die gemischte Deputation der Berliner Gemeindebehörden, bestehend aus zehn Magistratsmitgliedern und 20 Stadtverordneten, welche eingesetzt war, um den Plan einer Berliner Ausstellung zu erörtern, nach eingehender Beratung folgenden Antrag des Stadtverordneten Singer mit allen gegen eine Stimme angenommen: "Die Deputation beschließt, die Gemeindebehörden zu ersuchen, folgenden Beschluß zu fassen: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung begrüßen das Projekt einer Weltausstellung in Berlin mit großer Sympathie und erklären sich bereit, das Unternehmen thätigkeitsmäßig zu unterstützen. Von diesem Beschluß ist dem Präsidium des deutschen Handelszuges Mitteilung zu machen."

Sehr bedeutende Dimensionen haben die Arbeiterentlassungen im deutschen Kohlenbergbau, besonders im rheinisch-westfälischen Revier, angenommen. Klein in letzterem Revier ist in der letzten Woche wohl zu 1000 Bergleuten die Arbeit zum 1. Mai gekündigt worden. Mit der Kündigung sind hier und da Lohnreduktionen verbunden. Die Rechen haben ungeheure Quantitäten Kohlen auf Lager. Eiliche wollen die Feiertage die Kohle einführen. Die Erregung unter den Bergleuten ist groß. Wo sollen sie anderweit Arbeit finden? Auch in der Eisenindustrie kommen massenhafte Arbeiterentlassungen vor, weil die Industrie staut. Das Baugewerbe hat unter dieser Mißere schwer mit zu leiden. In welchem bleiben viele angefangene Neubauten liegen; zahlreiche Bauprojekte sind aufgegeben worden.

Das sind schlimme Nachrichten.

Jüngerliche Grenzhaftigkeit. Die ganze Jüngerei ist besten Falles eine utopische Schmätmerei. Sehr, sehr edle Handwerksmeister gehören den staatslich konjunktionsierten Innungen nur deshalb an, weil sich's unter dem Deckmantel der Innungsmesterschaft leichter macht, unter Umständen gebotenes Vertrauen zu missbrauchen. So schreibt die "Saale-Zeitung" aus Jena: "In öffentlicher Sitzung des Schulvorstandes brachte der Vorsitzende eine höchst bedauerliche, Ungelegenheit zur Sprache. Die Vorstandmitglieder der hiesigen Tischlerinnung, die Tischlermeister K. Wiegand, Reunes und Heinde, die neben der Dresdener Firma Lindtrodts Ansehen hatten, die Lieferung der Schulbänke für die neue hiesige Bürgerschule zu erhalten, waren vor 14 Tagen nach Dresden gereist und hatten den Inhabern der Firma Lindtrodts das Anerbieten gemacht, sie wollten von der Lieferung zurücktreten, wenn ihnen die Firma K. 1000 — M. 500 sofort zahlbar, M. 500 später — zahle. Sie sagten noch hinzu, die Firma sei ja dann alleinige Lieferantin und könne infolge dessen höhere Preise von der Stadt nehmen. Die Firma Lindtrodts lehnte das Anerbieten ab und beauftragte den Thatsache hierher. Von allen Hebdern des Schulvorstandes wurde der Entschluss über ein solches, völligem Mangel an gewerblichem Ehrgefühl zeigendes Verhalten Ausdruck gegeben. Uebrigens hat bei der unerquicklichen Ungelegenheit auch der Humor nicht gefehlt. Während Wiegand, der nach Dresden vorausgereist war, mit der Firma unterhandelte, gelangte an diese ein Telegramm der beiden anderen Innungsmänner, des J. Inhalts, daß

die Firma nicht mit Wiegand unterhandeln solle. Jedemfalls haben die Weiden geglaubt, daß Wiegand vor ihrem Eintreffen das Feld abschöpfen werde.

Münchberger Wohnungszufände. Ueber Münchberger Arbeiterwohnungen hat Herr Dr. Hess eine kleine Enquete veranstaltet und zu diesem Zweck 500 Fragebogen verteilt.

Table with 3 columns: Wohnungs-Quadratmeter, Durchschnittl. Miethspreis per Quadratmeter, Zahl der einen Kost-bemessenden Personen.

Es beträgt somit der Miethspreis der kleinen Wohnungen, nach dem Quadratinhalt berechnet, nahezu nochmal soviel als der der größeren Wohnungen.

Steuerfreiheit für Bantzen in Wien. Dem dortigen Gemeinderath ging ein Erlaß der Statthalterei zu, worin erklärt wird, die Regierung sei geneigt, für Umbauten eine Steuerfreiheit von acht Jahren zu gewähren.

Die Konferenz von Vertretern der freien eingetragenen Hilfskassen,

welche auf Grund der auch in unserem Blatte veröffentlichten Einladung am 19. und 20. April hier in Hamburg stattfand, war von 73 Delegierten, welche 66 Kassen vertraten, besucht.

Den Vorschlag führten Blume-Hamburg und Niemann-Hamburg. Das Referat über die Frage des Fortbestehens der neuen Kassen unter dem neuen Gesetz erstattete Deisinger-Hamburg.

in Zwangskassen versichert sind. Da jetzt für die Leistungen der Kassen der Tagelohn an dem Orte maßgebend ist, an dem die Mitglieder wohnen, so wird es sich für jede Kasse darum handeln, sich über diesen Lohn an den einzelnen Orten zu informieren.

Dem Referat folgte eine lebhafteste Debatte, welche fast den ganzen ersten Sitzungstag ausfüllte. Im Sinne des Referenten sprachen sich aus Niemann-Hamburg, Grünwald-Hamburg, Uhlig-Gemnitz, Fräßdorf-Dresden, Jaffe-Ofenbach, während v. Elm, Thieß, Blesgen und Heine-Hamburg die Ueberzeugung vertraten, daß es auf die Dauer unmöglich sein werde, die freien Kassen aufrecht zu erhalten.

Thieß hob hervor, daß ja seit Jahren in der Arbeiterpresse betont sei, die Kassen würden unter den neuen Bestimmungen nicht bestehen können.

Wie schnell kann auf Eisenbahnen gefahren werden?

Von Roman Kostlowki, Professor an der Technischen Hochschule in Lemberg. (Schluß).

Würden unsere Lokomotiven für Zwecke der Kraft-erzeugung mit einem Material vorlieb nehmen, welches schwerlos ist, so würde es allerdings möglich sein, eine Fahrgeschwindigkeit von 180 Kilometer pro Stunde zu erzielen.

Es ist un schwer, zu zeigen, daß jenes Gewicht an Ammunition, welches die Lokomotive braucht, um eine Stunde lang zu fahren, die obgedachte Fahrgeschwindigkeit von 150 Kilometer pro Stunde ist sonach die obere Grenze, bis zu welcher die Schnelligkeit eines Eisenbahnzuges gehen kann.

langsamere fahren, wenn mit 150 Kilometer gefahren werden könnte?

Folgende Ueberlegung giebt eine Antwort auf die Frage. Der Kubikinhalt des Dampfzylinders einer Lokomotive nimmt mit der Vergrößerung der Fahrgeschwindigkeit rasch zu, denn er wächst mit der dritten Potenz derselben.

des Dampfes eine andere Betriebskraft, beispielsweise die Elektrizität, so ändert sich die Sachlage gewaltig. In diesem Falle entfällt nämlich die Notwendigkeit des Mitführens einer Ammunition, denn der elektrische Wagen braucht keine Betriebskraft nicht erst zu erzeugen, wie dies beim Dampfzuges der Fall ist; er erhält eine bereits fertig gelieferte von der Leitung.

Man wird in diesem Schluß durch den Umstand bestärkt, daß die Treibräder einer Dampflokomotive, welche mit dieser Geschwindigkeit fahren wollte, mindestens neun Meter hoch sein, also bis zum zweiten Stock eines Hauses reichen müßten, während die Räder einer ebenso schnellen elektrischen Lokomotive kaum ein Drittel so hoch zu sein brauchen.

Die Arbeiter... (Faded text in the top left column)

Die Arbeiter... (Faded text in the top middle column)

Die Arbeiter... (Faded text in the top right column)

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Heber die Arbeitslosigkeit in Berlin (Faded text)

Die Berliner Arbeitervereine (Faded text)

Die Berliner Arbeitervereine (Faded text)

Der Arbeiter... (Faded text in the bottom left column)

Der Arbeiter... (Faded text in the bottom middle column)

Das falsche Bild (Faded text in the bottom right column)

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Die alte Behauptung von dem ... verlor bei Beschlüssen ein ...

Situationsberichte.

Manver. Am 13. April, Abends 9 Uhr, fand in der ...

Manver. Am 13. April, Abends 9 Uhr, fand in der ...

Manver. Am 13. April, Abends 9 Uhr, fand in der ...

Manver. Am 13. April, Abends 9 Uhr, fand in der ...

Manver. Am 13. April, Abends 9 Uhr, fand in der ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands ...

Da hauste er, der Niese, ein Despot, nachahmend seinen ...

Da hauste er, der Niese, ein Despot, nachahmend seinen ...

Trost sie den Augenblick, zu weichen härterem Bange! ...

Trost sie den Augenblick, zu weichen härterem Bange! ...

handen, den Arbeitgeber das Drittel der Beiträge zu zahlen. Die großen Zentralfassen werden es wohl noch einige Jahre durchziehen zu können. Von den kleinen Zentralfassen wäre es nicht denkbar. Man sage, die kleinen Fassen sollten den großen beitreten; jedoch glaubt Redner, daß es nicht durchführbar sei, da zu viel Interessenten vorhanden seien, die darnach streben, ihre Einflüsse zu erhalten. Gegen die Schaffung einer großen einzigen Zentralfasse, müßte er sich auch erklären, da die Verwaltung eine verhältnismäßig theure sein würde. Gegen die Schaffung der Aufschlüsse seitens der Gewerkschaften habe er nichts; im Gegenteil, er müßte sich dafür erklären.

Die Debatte über die Frage, ob es zweckmäßig sei, die freien Klassen fortzubehalten zu lassen oder aufzulösen, fand ihren Abschluss durch die mit 68 gegen 5 Stimmen erfolgte Annahme einer von Reisinger vorgeschlagenen Resolution, welche besagt: „Die Konferenz ist der Ansicht, daß auch unter den neuen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes ein Weiterbestehen der freien Klassen sehr wohl möglich ist und erwartet deshalb, daß die freien Klassen ihre Tätigkeit wie bisher so auch weiterhin fortsetzen werden. Diese Abstimmung ist selbstverständlich keineswegs für die Position bindend, da in dieser Sache ja doch endgültig die Mitglieder zu beschließen haben.“

Ein Antrag Jäger, Altona, dem Projekte der Vereinarbeit aller freien Klassen zuzustimmen, wurde abgelehnt.

Am zweiten Sitzungstage gelangte zunächst folgende Resolution von Legien, Hamburg zur Debatte:

Die Konferenz der Vorstände der freien Hilfskassen erkennt an, daß die neuen gesetzlichen Bestimmungen die Zentralfassen mehr belasten werden, als diese bisher der Fall war. Diese Mehrbelastung kann jedoch dadurch aufgehoben werden, daß die einzelnen Klassen miteinander in nähere Beziehung treten und in Form eines Verbandes über von Kartellverträgen gemeinsame Einrichtungen treffen. Diese Kartellverträge sind dahin abzuschließen, daß

- 1. die Mitglieder der freien Klassen an einem Orte den Vertrauensarzt gemeinsam wählen, resp. Vereinbahrungen mit den Apotheken treffen;
- 2. allmählig eine gleiche Verwaltung und eine gleiche Einrichtung der Verwaltungsmaterialien herbeigeführt werde;
- 3. die Beiträge und Leistungen der Klasse nach gleichen Grundlagen bemessen werden;
- 4. die Mitglieder der einen Klasse bei Ortswechsel in eine andere Klasse eintreten können, ohne daß es weiterer Formalitäten bedarf.

Die Ausarbeitung von Bestimmungen in diesem Sinne ist unter Mitwirkung von der vom Kongress gewählten Kommission zu beorgen und den einzelnen Klassen zu unterbreiten.

Die anwesenden Vertreter verpflichten sich auf den Generalversammlungen der resp. Klassen für Durchführung dieser Kartellverträge einzutreten.

Viele Resolutionen erfuhr lebhaften Widerspruch. Schließlich wurde ein Antrag Grünwald's angenommen, wonach die Einberufung der Konferenz beauftragt werden, ein Verbandsstatut für die Gründung eines Verbandes der freien Hilfskassen auszuarbeiten.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Bewerkschaftliche Angelegenheiten.

Ueber die Arbeitslosigkeit in Berlin schreibt die „Baugew.-Ztg.“: „Man nimmt an, daß gegenwärtig sich 20 000 Maurer in Berlin aufhalten, von welchen nicht viel mehr als die Hälfte beschäftigt ist. Zimmerleute gibt es vielleicht 10 000, welche auch etwa zur Hälfte beschäftigt sein dürften. An einen Streik braucht in diesem Jahre kaum gedacht zu werden.“ Wozu diese häßliche Bemerkung? Selbstverständlich können unter

solchen Verhältnissen die Arbeiter nicht daran denken, für berechtigte Forderungen in den äußeren Kampf einzutreten. Aber die „Baugew.-Ztg.“ hat nicht wohl daran, die Arbeiter dieserhalb zu verurtheilen.

Die **Verlsruher Nichtverbände** - neuesten nennen sie sich auch wohl „Antiverebärder“ - hatten zum 15. April eine öffentliche Maurer-versammlung einberufen, die durch sehr schwachen Besuch sich auszeichnete und der Besprechung der Arbeitsverhältnisse im Gewerbe dienete. Es wurde folgende von Herrn Wille eingebrachte Resolution angenommen:

„In Anbetracht der Thatsache, daß viele Baugewerkschaften trotz des herrschenden Nothstandes sich nicht getrennt, fortwährend die Löhne herabzusetzen, jedoch zur Bestreitung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse ein Stundenlohn von 60 \mathcal{M} dringend erforderlich ist, ersatzungsgemäß aber dem Arbeiter nur das gewährt wird, was er sich durch eigene Kraft mit den Waffen des Gelegens erlangt, so ist es Pflicht aller in Berlin arbeitenden Maurer, auf allen Bauten die Sammlungen zum Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend fräftig zu fördern, um in geeigneter Zeit den Kampf gegen die Ausbeutung unserer Arbeitskraft energisch aufnehmen zu können. Um eine Lebensfrist zu haben, wie viel die in Berlin und Umgegend arbeitenden Maurer zu ihrer Bestreitung von Lohnstrafenjahren und zur Förderung der allgemeinen Arbeiterbewegung auszubringen gewillt sind, beschließt die heutige Versammlung, nur auf die Listen zum Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend zu sammeln, und werden die Vertrauensmänner beauftragt, mit dem Generalfonds nicht nur die speziellen Interessen der Maurer zu wahren, sondern auch die allgemeine Arbeiterbewegung damit nach Möglichkeit fördern zu helfen.“

Wenn die Herren Vorkonventionsmitglieder lernen könnten, ja müßten sie, daß sie langst gelernt haben, daß mit bombastischen Resolutionen den Maurern Berlins nicht geholfen ist. Statt derartige Resolutionsrombdien aufzuführen, die nachher aber nichts wirken müssen, bemühe man sich, vernünftig und herzlich zu handeln. Der ägliche Pöbel ist, wenn Leute, die sich's zur Aufgabe machen, die Einigkeit zu zerstoren, an die Solidarität appellieren und dabei gar noch sich brüsten, nicht nur für die speziellen Interessen der Maurer, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung einzutreten.

Der **politischen Vormundschaft** will die deutsche Buchdruckervereinigung, welche diese Vormundschaft vor einigen Jahren auf sich nahm, indem sie den politischen Anforderungen, sich als „genehmigungspflichtige Vereinigung“ anzustellen zu lassen, entsprach, jetzt ein Ende machen. Die Reorganisation dieser Vereinigung auf der Grundlage der Selbstständigkeit gegenüber der Polizei bezweckt der Entwurf eines Statuts, welchen der Vorstand des Unterhaltungsvereins deutscher Buchdrucker im „Correspondent“ veröffentlicht. Danach wird an Stelle dieses Vereins ein **Verband deutscher Buchdrucker** errichtet. Die wichtigsten Paragraphen des Entwurfes lauten:

„§ 1. Der „Verband deutscher Buchdrucker“ hat zum Zweck die Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen.“

- Zur Erreichung dieses Zweckes dienen insbesondere a) Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege;
- b) strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der vom Vorhände des Verbandes als maßgebend anerkannter Bestimmungen in Bezug auf Arbeitsbreite und Arbeitszeit;
- c) Pflege des gewerblichen Verkehrs;
- d) Errichtung von Arbeitsnachweisen;
- e) Pflege der Berufsaufstiege;
- f) Gewährung von unentgeltlichem Rechtschutz;
- g) Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Der Sitz des Verbandes ist in Berlin.

§ 2. Mitglied des Verbandes kann jeder in Deutschland beschäftigte Buchdrucker, Schriftsetzer, Stereotypdrucker oder Galvanoplastiker werden. Sofern er von der Mitgliedschaft seines Konventionsgebietes als Gehilfe anerkannt ist und zu dem von dem Vorhände des Verbandes anerkannten Bedingungen arbeitet.“

§ 6. In gewerblichen Nothfällen, sowie solchen, welche das Krankenfall-, Alters- und Invaliditätsgesetz betreffen, ferner in Fällen, durch welche ein Mitglied durch sein Eintreten für den Verband des Rechtschutzes bedarf, kann derselbe nach Anhörung eines juristischen Gutachtens gewährt werden.

§ 7. Eine Reise-Unterstützung kann an Mitglieder, welche dem Verbande mindestens 13 Wochen angehören und ihren Zahlungsrufen nachgekommen sind, gewährt werden.

§ 8. Arbeitslosen Mitgliedern, welche mindestens 150 Wochenbeiträge geleistet haben, kann für den Zeitraum bis zu 20 Wochen Arbeitslosen-Unterstützung gewährt werden.

§ 9. Ob und in welcher Höhe eine jede der aufgeführten Unterstützungen gewährt werden kann, entscheidet der Vorhände des Verbandes; derselbe kann jedoch, im Falle einer Reise oder Arbeitslosen-Unterstützung in Frage kommt, die Entscheidung dem zuständigen Vorhände überlassen.

§ 10. In besonderen Nothfällen kann der Vorhände vorhände sowohl an Mitglieder als Nichtmitglieder Unterstützungen gewähren.

§ 11. Alle in den §§ 6 ff. aufgeführten Unterstützungen sind freiwillig, ein Rechtsanspruch steht keinem Mitglied aus. Reklamen zu.

§ 12. Der Vorhände ist ermächtigt, aus dem Vereinsvermögen an Mitglieder und Nichtmitglieder Darlehen zu gewähren.“

Das erste Altona des § 1 ist verbesserungsbedürftig; der Vorhände stellt sich durch die Worte: „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ eine Aufgabe, die er so minutiös, wie es hier vorgeschrieben, garnicht halten kann. Wenn man kurz gesagt hätte: „der Verband deutscher Buchdrucker hat zum Zweck die Vertretung der gewerblichen Interessen seiner Mitglieder“, so wäre das einerseits genügend, um zu verhindern, daß er zum Versuchsfelde für politische Bestrebungen gemacht wird, die mit dem Gewerbe nichts zu thun haben, andererseits, würde dadurch vermieden sein, daß sehr wichtige, auch das Gewerbe berührende Fragen, im Verband nicht erörtert werden können, weil sie ihres allgemeinen Interesses halber als politische bezeichnet werden.

Proben höherer **Vornickheit** legten etliche jogenannte „unabhängige Sozialisten“ in einer Berliner gewerkschaftlichen Versammlung ab. Der bekannte Maler Schweigger meinte, daß ein Bestreift keineswegs eine Utopie sei. Der Parlamentarismus müsse vernichtet werden. Schuhmacher König bemerzte, daß es zwei proletarische Richtungen gebe, das Jatte und das Lumpenproletariat. Die offizielle Sozialdemokratie habe das International abgelehnt und rechne auf den Ministeressel; sie suche sich die Entwerden von den Hochgehigen zu schätzen. Der Klassenkampf müsse auf gewerkschaftlichem Gebiete geführt und der Gewalt wieder Gewalt entgegen gesetzt werden. Schuhmacher Seidenberg erklärte, daß ihm ein guter Knüttel lieber sei, als 10 Abgeordnete. Die Herren führen ihre Bezeichnung „unabhängig“ mit Recht; sie sind in der That völlig unabhängig von der Vernunft.

Eine **kuriose Moralphredigt**, die halb den „schlechten“ Unternehmern, halb den Arbeitern gilt, läßt die „Baugewerks-Zeitung“ los:

„Staat und Stadt bauen weniger als sonst. Die Lage der Bauarbeiter ist deswegen in Berlin keine beneidenswerthe, denn sie haben außer mit dem Mangel an Arbeit auch mit Vorkredittoren zu kämpfen. Großes Angebot drückt die Preise und die Arbeitgeber müssen sich auch in den meisten Fällen nach Angebot und Nachfrage richten, aber im Interesse der

der Durchmesser eines elektrisch angetriebenen Wagenrades bei dieser Umdrehungszahl immer noch 3 Meter betragen müßte, falls eine Fahrgeschwindigkeit von 500 Kilometer erzielt werden sollte, daß die Räder also eine Dimension annehmen, welche mit Rücksicht auf die Bucht des Umlaufweges, welchem das Radmaterial stand zu halten hat, zu begründeten Bedenken Anlaß geben. Aber selbst wenn man sich über all diese Belorgungen leichtfertig hinwegsetzen wollte, so würde eine Eisenbahn, auf welcher so schnell gefahren wird, dennoch keinen allzu großen Werth haben, weil der geringste Kurvenhalbmesser 20 Kilometer betragen müßte, während er bei unseren heutigen Eisenbahnen 40 Mal kürzer ist, da er nur 200 Meter beträgt! Wird weiter erwogen, daß ein mit 500 Kilometer Geschwindigkeit rollender Zug selbst mit unseren kräftigen Bremsen nicht früher als nach Ablauf von 70 Sekunden in seinem rasenden Lauf aufgehalten werden, also erst nach Durchlauf eines Weges von 4 Kilometer zum Stillstand kommen könnte, so wird man zur Einsicht gedrängt, daß eine dergartige Fahrgeschwindigkeit denn doch ganz und gar außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Vergnügt man sich mit einer Anhaltelstanz von 1 Kilometer, also mit der Möglichkeit des Anhaltens des Zuges, nach Ablauf einer Zeit von einer halben Minute, so kommt man auf die Fahrgeschwindigkeit von 180 Kilometer pro Stunde, also auf der Geschwindigkeit, welche beim Dampftriebe durch die Nothwendigkeit sich ergab, die Lokomotive aus Eisen und Stahl anzusetzen zu müssen.

Warum sollen wir aber beim elektrischen Betriebe mit einer Anhaltelstanz von 1 Kilometer und zufrieden gehen, wenn beim Dampftriebe eine halb so kurze Stanz gefordert wird? Was hat denn der elektrische Betrieb in Bezug auf die Fahrtsicherheit gegen den Dampftrieb voraus? Das Gefühl der Unsicherheit ist ja doch dasselbe, ob der Wagen, in welchem wir sitzen, mechanisch oder elektrisch angetrieben wird, wenn er in beiden Fällen mit gleicher Hast über die Schienen rast.

Auf den ersten Blick scheint es allerdings so und nicht anders zu sein, doch liegen die Dinge in der Wirklichkeit anders. Die gewöhnliche Lokomotive ist, insofern der Wirkung des Dampfes auf einen Funken und hergehenden Rollen, also auf einen Rollen, der die Richtung seines Laufes in einer Sekunde ändert. Schwankungen unterworfen, welche bei einer elektrischen Lokomotive nicht auftreten, weil hier alle Richtungswechsel, als auch die damit verbundenen Stöße entfallen. Der Lauf des elektrischen Wagens ist also bei derselben Geschwindigkeit weit ruhiger und sanfter als jener eines Dampftriebes. Würde unsere Erde in ihrer Umlaufbewegung um die Sonne plötzlichen Richtungswechseln unterworfen sein, so würde alles Leben erlöschen. Die störenden Bewegungen der Dampflokomotive, welche unter den Namen Wank, Wogen und Schlingeln den Eisenbahnmännern nur allzujut bekannt sind, Bewegungen also, welche um jede der drei mathematischen Achen einer Dampflokomotive sich vollziehen, bewirken, daß eine Dampflokomotive mit 180 Kilometer Geschwindigkeit in das Bereich der Märschen gehört. Bei einem elektrisch angetriebenen Wagen gibt es aber kein Wanken, Wogen und Schlingeln. Der Lauf eines solchen Wagens vollzieht sich in aller Ruhe und dies bemerkt, daß wir bei derselben Fahrtsicherheit das Gefühl einer größeren Sicherheit haben werden bei einem elektrischen als bei einem Dampftriebe. Wer je mit einem Luftballon aufgestiegen ist, der wird durch den Mangel jeglichen Gefühls der Unsicherheit frappirt gewesen sein.

Die Möglichkeit der Vertheilung des Abfaktionsgewichtes auf sämmtliche Achen eines elektrisch betriebenen Zuges trägt sehr wesentlich zur Ruhe des Laufes eines solchen Zuges bei. Auch leidet der Oberbau einer elektrisch betriebenen Bahn, bei gleicher Schnelligkeit der Fahrt, viel weniger als der Oberbau einer Dampftriebebahn, was sich dadurch erklärt, daß bei einer elektrischen Bahn all die dampfhammerähnlichen Einwirkungen der Triebäder auf die Schienen entfallen, welche den Ober-

bau einer Dampftriebebahn so sehr in Anspruch nehmen, sowie daß die ungleichen Abwickelungen der zwangsläufig untereinander verbundenen Lokomotivräder nicht vollkommen, weil der elektrische Wagen einer Räderumstellung nicht bedarf. Mit Rücksicht auf diese Momente können beim elektrischen Antriebe der Eisenbahnen ohne weiteres 2 Meter hohe Räder zur Anwendung gelangen und dürfte eine Anhaltelstanz von 1 Kilometer als ausreichend erkannt werden. Geschieht dies aber, so kann die Fahrgeschwindigkeit einer elektrischer Eisenbahnfahrt auf 200 Kilometer gesteigert werden, weil eben dieser Geschwindigkeit ein Raddurchmesser von 2 Meter und eine Anhaltelstanz von 1 Kilometer zumutten, wobei freilich eine tief einschneidende Rekonstruktion unseres heutigen Oberbaues vorausgesetzt wird.

Des Lichtes Sieg.

Ein Sagenfang zum Raifenfest.

Was seiner Kindheit löst mir eine Sage Voll tiefen Sinns, den erst der Mann erkannte Von einem Niesen, der tief unter Tage Ein mächtig großes Reich sein eigen nannte. Dahin drang nicht der goldne Sonnenchein, Des Mondes Glanz, der Sterne hell' Gefunke! Umgrenzt und überwölbt hoch Felsgestein War's eine Stätte für unheimlich Dunkel. Eines Spätens froh gehend auf dem fassen Schlußsteinen Boden, der nur Gift konnt' geben; Die Gule nistete rings in den Spalten Und sonst'ge Brut, die nicht am Tag kann leben.

Arbeiter muß man doch wünschen, daß die Preise nach Möglichkeit gehalten werden: Man soll die Arbeit nicht ausnutzen. Jeder giebt es in Berlin sehr viele unqualifizierte und unanständiger Bauunternehmer, welche kein Gebot der Ehre beachten. Diese drücken die Arbeiter, wenn Ueberfluß an Arbeitern vorhanden ist und kriechen vor den Arbeitern und bewilligen Alles, wenn Arbeitermangel da ist. Diese Leute werden auch jetzt an ihrer alten Gewohnheit festhalten und den Arbeiter drücken. Die Arbeiter wollen sich zwar an diesen Leuten rächen, indem sie ihnen die Bauteile sperren und somit in einen Einzeltampfbau eintreten, aber das ist leichter gesagt, als gethan. Wenn wenig Arbeit ist, dann sperren man die Bauteile nicht so leicht, wie in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Und dann sollten die Arbeiter doch auch von solchen Beispielen ablassen. Arbeitsperren schicken immer Ungeheuerlichkeiten, Gewaltthat und brutale Handlungsweise in sich. Die Nachspiele vollziehen sich im Gerichtssaal.

Was ein Gebot der Ehre ist für die Unternehmern, die Löhne nach Möglichkeit zu halten. Was heißt das, nach Möglichkeit? Vielleicht unterziehen sich die Berliner Kollegen der dankbaren Aufgabe, mal festzustellen, wie viel bessere Anwendung es für sich unter den die Löhne drückenden Unternehmern befinden.

Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands wie in 1. Quartal d. J. einen Bestand von 55 Blättern auf. Davon entfallen auf die Baugewerbe 8. Es erscheinen wöchentlich dreimal, wöchentlich einmal 28, monatlich dreimal 2, alle vierzehn Tage 20, monatlich einmal 4. Der Erscheinungsort von 21 dieser Blätter ist Hamburg, auf Berlin entfallen 12, auf Leipzig 4, auf Stuttgart 2, auf Gießen 2, auf Frankfurt a. M. 2, auf Köln 2, auf Krefeld, Burg, Bielefeld, Göttingen, Dresden, Bismarck, Hannover, Braunschweig und Wiesbaden je 1.

Die Schweizerische Bauzeitung berichtet: In Zürich ist eine „Steinfabrik“ gegründet worden. In derselben werden aus Thüringen und Böhmen Steinblöcke, wie sie die altsächsischen Steinbrüche liefern, künstlich geformt oder auch gegossen. Diese künstlichen Steine gleichen den natürlichen Sandsteinen in allen Beziehungen: sie zeigen gleiche Bruchflächen, klingen unter dem Meißel wie diese und lassen sich in gleicher Weise behauen. An Festigkeit übertreffen die künstlichen den natürlichen Sandstein; ebenso sind sie widerstandsfähig gegen Temperatur- und Witterungseinflüsse. In dem großen Neubau des Herrn Ernst am Alpenquai finden diese künstlichen Steine bereits praktische Verwendung.

Da diesen Steinen bei der Herstellung schon die gewöhnliche Form gegeben werden kann, so ist klar, daß dadurch eine Anzahl Steinhauer überflüssig werden.

Ein Luzerner Steinhauer liegt in der Rührer „Arbeiterstimme“: „Weide im Lande und nähere dich redlich!“ Dieses schöne alte Sprichwort hat dem gegenwärtigen Stande des Steinhauerzuges Luzern gegenüber keine Bedeutung im vollen Sinne des Wortes verloren. Umgekehrt heißt es jetzt: „Wähle du dich und deine lieben Angehörigen redlich ernähren und vor Lebenssorgen schützen, so ziehe aus deiner Heimat in andere Kantone, in andere Staaten, der Arbeit nach.“

Hiesige Bauten aus dem 15. und 16. Jahrhundert zeugen von schön geleiteten Ideen und vom kunstvolligsten damaliger Steinhauerarbeit, nicht weniger die Kunstzeit mit der herrlichen Alpenstraße, Pilatusstraße, der protestantischen Kirche, der Gotthardbahnverwaltung und andern schönen Bauten mehr, die alle vom Steinhauerzweig Luzern ausgeht sind. Baumeister Meyer, Vater, allein arbeitete damals fortwährend mit 40 bis 50 Arbeitern. Gegenwärtig ist das Steinhauerzweig in Luzern verlottert und verarmt und fragen wir nach dem einzig stichhaltigen Grunde dieser Verklümmung und Verlotterung, so ist er zu finden auf den Steingrubenplätzen anderer Kantone und Staaten, wo die Steine gehauen und dann hierher transportiert werden; dorthin wandern die Gelder unserer Bauherren, dort

als erwirbt der dortige heimische Arbeiter seinen großen Lohn und lebt sorglos, während in der Heimat die Steinhauerzweig fast nur noch auf Zwickarbeiten angewiesen sind und sich meistens nur kümmerlich durchschlagen können.

Den größten Uebelthäter kann nur dadurch abgeholfen werden, daß bei Neubauten die hiesigen oder fremden Baumeister zur Ausführung übertragen werden, die Steinhauerarbeiten auf hiesigem Plage ausgeführt werden.

Es ist dies ein wohlwogener und gerechtfertigter Wunsch des Luzernerischen Steinhauerzweigs, der unablässig befehrt ist, die Kunst und Arbeit zu fördern und damit sich und den Seinen eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Situationsberichte.

Maurer.

Bremen. Am 13. April, Abends 6 1/2 Uhr, fand in der „Vereinshalle“, Düsternstraße 1, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands u. v. stat. Nachdem die Aufnahme von 14 neuen Mitgliedern vollzogen war, legte der erste Kassierer, Herr Decker, die Quartalsabrechnung vor, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Im dritten Punkt, Stellungnahme zum Verbands-Stellungsausschuss, wurde ein Komitee von 8 Mitgliedern gewählt, welches in Gemeinschaft mit der Verwaltung den geeigneten Zeitpunkt wählen und die nötige Fortsetzung treffen soll. Voraussichtlich wird das Stillschließen am Sonntag, den 23. Juli d. J., stattfinden. Im „Beschiedenen“ erlaubte sich Herr Jander große Ausschreitungen gegen den Vorstand in Hamburg, welches die Versammlung sehr übernahm, und wurde demselben von den Herren Decker, Schättnier, Bilschlag und Vadenhof böse heimgeleuchtet, so daß er die Versammlung nach einiger Zeit verließ. Ferner wurde von Herrn Welschmann vorgebracht, daß in einem uns nahe gelegenen Orte, Weste, 30 bis 40 Maurer anständig seien, welche eine Zunftstelle des Verbandes gründen wollen, jedoch fehlt den Kollegen die nötige Anleitung. Es wurde Herr Bilschlag als Vertrauensmann beauftragt, das Weitere schleunigst zu betreiben. Herr Schättnier brachte in Anregung, daß sich die hiesigen Seiler und Reepflüger um Verankerung der Arbeitszeit mit ihren Meistern im Kampfe befinden; er forderte die Kollegen zur regen Unterstützung auf und gab kund, daß Markten bei ihm zu kaufen seien. Ferner kritisierte Herr Decker das Verhalten eines früheren Kollegen G. W. von aus Halle, welcher vom Ueberzuge vom Fachverein zum Verband aus Versehen in der Liste verzeichnet geblieben war, aber nicht Mitglied des Verbandes wurde, jedoch den „Grundstein“ bezog, ohne dazu berechtigt zu sein. Es wurde auf Antrag des Herrn Welschmann beschloffen, falls G. W. von als Mitglied aufgenommen zu werden wüßte, er erst den Betrag für den erhaltenen „Grundstein“ zu entrichten solle. Hierauf wurde die Versammlung um 9 Uhr geschlossen.

Cassel. Am Mittwoch, 13. April, fand im Lokale des Herrn Wittrod die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands u. v. stat. Zum Zweck der Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder wurde die Versammlung auf 1/2 Stunde vertagt. Nach Wiedereröffnung derselben verlas zunächst der Kassierer die Abrechnung; dieselbe wurde für richtig erklärt und dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf entstand eine lebhafteste Debatte über einen Kollegen, welcher durch den früheren Bevollmächtigten A. M. zur Führung einer Kasse der Kasse erhalten, dieselben aber noch nicht wieder zurückgeführt hat. Es wurde beschloffen, den Kollegen im „Grundstein“ aufzuführen, seine Adresse der hiesigen Zunftstelle bekannt zu geben. Ueber die Mat-Feyer sprachen die Kollegen Damm, Brandt, Kerl, Gantbal

und Metman und beantworteten sämtliche Redner die rege Beteiligung an derselben. Im „Beschiedenen“ verlas der Bevollmächtigte ein Zirkular des Vorstandes und eruchte die Mitglieder, sich zu äußern über die Höhe der Löhne. Es wurde festgestellt, daß der niedrigste Lohn 33 1/2, der höchste Lohn 38 1/2 und der Durchschnittslohn 33 1/2 die Stunde beträgt. Nachdem noch mehrere interne Angelegenheiten erledigt waren, fand Schluß der Versammlung statt.

Cisleben. Am 5. April hielt die hiesige Zunftstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte, Kollege Weber, eröffnete um 9 Uhr die Versammlung und theilte mit, daß an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes G. J. S. a. d., das den Posten eines Kassiers bekleidete, ein neuer Kassierer zu wählen sei. Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl wurde der Kollege W. i. r. e. i. c. einmütig gewählt. Sodann wurde allgemein der Wunsch laut, daß die Vertiefung an der Maffeler seitens der Kollegen eine recht zahlreiche sein möge. Hierauf wurde beschloffen, Ende dieses Monats eine öffentliche Versammlung zwecks Vespredung über die hiesigen Lohnverhältnisse abzuhalten. Es ist dieses umso mehr wünschenswert, als die Meister sich fortgesetzt fremde Gesellen „verhökchen“ lassen, während noch ein großer Theil der hier anständigen Kollegen ohne Arbeit ist.

Straßburg. Am Sonntag, den 16. April, hielt die hiesige Zunftstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Versammlung ab mit der Tagesordnung: Rechnungslegung und Beschiedenes. Nachdem die Abrechnung verlesen, welche aber nicht übersichtlich genug war, wurde der Kassierer beauftragt, dieselbe bis zur nächsten Versammlung zu ändern. Im „Beschiedenen“ wurde über die Extrafeyer gesprochen, welche hoch allen Kollegen zu hoch bemessen war und sich sogar einige Kollegen merkten, die aus dem Verband austraten wollten, wenn die Extrafeyer nicht herabgesetzt würde. Sodann kam zur Sprache, daß auf dem Bau des Maurermeisters Mehr einige Greifswalder Maurer arbeiten, die wegen ihres moralischen Betragens den Namen Gesellen nicht verdienen. Ihre Hauptforce ist, daß sie die hiesigen Kollegen beschimpfen und ihnen Prügel anbieten, so, sie haben sogar einen älteren Kollegen thätlich angegriffen. Der „Perkules“ Schmidt meinte sogar, in Straßburg wäre nicht ein Maurer, der, ihm etwas thun könnte, er drehe allen das Genick um. Sich mit solchen Kaufvolken einzulassen, dazu sind die hiesigen Kollegen denn doch zu unabhängig, man sieht aber doch, wie weit die Maurer in dieser Universitätsstadt noch in der Kultur zurück sind.

Wandlbeck. In der am 5. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands verlas zunächst der Kassierer die Abrechnung, welche als richtig anerkannt wurde. Im zweiten Punkte der Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu den Mitgliedern, denen die Beiträge gestundet, die Frist aber abgelaufen und zu denen, deren Frist am 1. April abgelaufen war? erklärten zwei Mitglieder in nächster Zeit bezahlen zu wollen; den Uebrigen wurde auf Beschluß der Versammlung bis zum 1. Juni Frist gewährt. Im dritten Punkte: „Zweite Verbandsangelegenheiten“ wurde die Frage angeregt, ob es nicht zweckmäßig sei, den Beschluß aufzuheben, nach welchem alle Mitglieder, welche wegen Uebertretung des Lohn-tarifs ausgeschlossen sind, bei ihrer Wiederaufnahme M. 10 zu bezahlen haben; ferner, ob es nicht zweckmäßig sei, auch die Streikbrecher in den Verband aufzunehmen. Es wurde angeführt, daß es wohl bei der jetzigen schlechten Konjunktur Manchem, der gesonnen sei, wieder Mitglied zu werden, schwer falle, die M. 10 zu bezahlen, auch müsse man Rücksicht nehmen auf diejenigen, welche einmal einen Fehler gemacht haben, denselben aber bereuen. Es müsse unsere Aufgabe sein, alle Maurer in den Verband hinein-zuziehen. Ebenfalls wurde die Aufnahme der Streikbrecher bestritten und angeführt, daß nicht die allein die Schuld an unserer Niederlage hätten, sondern, daß der Druck des Geldsacks und die große Zahl der die Reservearmee bildenden Arbeiter mit in Verdrückung zu ziehen sei. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschloffen, den Ausgeschlossenen die Aufnahme ohne Zahlung von M. 10 zu gewähren, den Streikbrechern jedoch die Aufnahme zu verweigern. Ferner wurde beschloffen, die Mitglieder zu verpflichten, wenn an sie das Anfinnen gestellt wird, über Feiertage zu arbeiten, dieses in den Versammlungen vorzubringen, welche dann das Weitere zu beschließen haben. Des Weiteren wurde beschloffen, den mit ihren Beiträgen im Rückstande sich befindlichen Mitgliedern das Recht einzuräumen, ihre Beiträge im Hause des Kassiers entrichten zu können. Sodann erfolgte, da Wesentliches nicht mehr vorlag, Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am 12. April fand in Saale der „Volks-hallen“ eine öffentliche Versammlung der Maurer mit folgender Tagesordnung stat: 1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Abrechnung vom Unterhaltungsfonds. 3. Bericht vom Gewerkschaftsstatell. Zum ersten Punkte der Tagesordnung referierte Kollege J. a. c. o. b. und führte unter Anderem aus, daß die Lohn- und Arbeits-verhältnisse der Maurer als traurige zu bezeichnen seien und die Schuld hieran der Kapitalmacht anzurechnen werden müsse; letztere sei zurückhaltend, weil gewisse Personen im Zustande im Sinne der Kapitalisten - Spekulationen und die übrigen ihr Geld festhalten. Weil nur der Arbeiter für die Kapitalispekulationen zu büßen habe, so müsse der Arbeiter auf politischem Wege zu erreichen bestrebt sein, daß ihm von Staats wegen Lohn und Arbeit gesichert werde. Redner erwähnte noch, daß Unternehmern 35 % pro Stunde und darunter zahlen, obgleich sie im Arbeitsgebäude 88 % als Minimallohn anerkannt haben; um nur der Konventionalstrafe zu entgehen und den Arbeiter noch mehr auszubeuten, haben sie es vorgezogen, aus dem Arbeitsgebäude auszutreten. Redner bemerkte noch, daß ihm ein Vorschlag zur Ausführung eines Baues (ohne Material) in die Hände gekommen sei, welcher mit M. 8000 Arbeitslohn veranschlagt wurde. Ein Bewerber habe die Arbeiten M. 1800 billiger stellen wollen. Die Arbeiter müßten daher bestrebt

Da häusle er, sein Riese, ein Despot,
Nachahmend seiner Hucheladnen Ahnen,
Wissend jedes heilige Gebot,
Ein grimmiger Herrscher seinen Untertanen.
Heraus und graufam quälte er die Armen
Mit Galle seltner, dienstbeflissener Söhne,
Er konnte weder Mitleid noch Erbarmen,
Blieb kalt bei Weheuf und Kettenklirren.
Nicht Menschen, seige Sklaven wollt er bios,
Von denen keiner nach der Freiheit fragte,
Den trug gewiß qualvoller Strafe Noos,
Der sein geheiligtes Recht zu fordern wagte.

Voll Mänglichkeit - wonit ein böses Gewissen
Die Schlichten krasst, die sich mit Schuld beschweren -
War der Despot unangesehnt beflissen;
Dem Licht den Eingang in sein Reich zu wehren.
Es prophezeite warnend ihm einmal
Ein guter Geist: „Das Licht wird dein Verderben!“

Sobald dich trifft der erste Sonnenstrahl,
Müßt Du mit allen deinen Söhnen sterben.
Zwei werden dann, die du gelegt in Wandern,
Als deine Sklaven, die dich längst verfluchen,
Das heilige Licht macht ihre Noth zu Schanden,
Du aber wirst vergebens Rettung suchen.“

Wohl hätt' er gern, betrachtend seine Macht,
Sich eingeredet, thöricht sei's, zu denken,
Daß jemals in sein altes Reich der Nacht
Die Sonne könne ihre Strahlen lenken.
„Solch' dumme Prophezeiung soll' mich schreden?“
Sprach oft er zu sich selbst - „Weshalb? Es waren
Doch diese harten Felsenwand' und -Decken
Schug vor dem Licht sie unzähligen Jahren.
So werden sie's auch fürderhin noch sein!
Du dummer Geist wollt'st Spekt nur mit mir treiben;
Hier dringt niemals der Sonne Licht hinein,
Ich werd' am Leben, werde Herrscher bleiben!“

Trost für den Augenbid, zu weichen härterem Wangen! -
Wohin auch der Despot den Blick mocht' richten,
Die Furcht ließ ihn nicht mehr zur Ruh gelangen,
Sie wuchs und wuchs und war nicht zu vernichten.
Ensig späht er umher an jedem Ort,
Und wenn er nur den kleinsten Miß erblickte,
So trug er Sorge, daß man ihn sofort
In aller Eile auf's Genaueste fände.
Die Wölbungen, die Kanonen ließ er füllen
Mit eh'nen Pfeilern und sie fest verbinden.
Nichts ließ er ungenutzt, sein Reich zu schützen
Die Furcht hieß ihn stets neue Mittel finden.

Und mit der Furcht wuchs auch des Mieses Grimm,
Der Trieb zu immer ärgern Fehdelthaten;
Bezwingen wollte er die im're Stimm',
Die kündete: „Du hast dich selbst verrathen!
Längst wissen, was du fürchtest, deine Sklaven,
Nun sehnen sie sich alle nach dem Lichte,
Das sie befreien soll und dich bestrafen.
Entgehen wirst du nicht dem Licht-Gerichte.
Umsonst veruchst durch mild're Grausamkeit
Du deine Herzen-Dualen die zu lindern.
Dein Ende naht, - das Licht ist nicht mehr weit,
Kannst seinen Sieg mit keinem Mittel hindern.“

Indessen der Despot sich zürnend quälte,
Das drohende Verhängnis zu bekämpfen,
Und immer neue Strafen anerkämpfte,
Der Armen Sehnsucht nach dem Licht zu dämpfen;
- Fraß drauf' am Felsenstein der Wurm der Zeit;
Geschickter als viel tausend Menschenhände,
Nach dem Gebote der Notwendigkeit,
Hersüßter Natur die Decken und die Wände,
Und eines Tags, zur hellen Mittagshunde,
Sind tragend sie georben und gebrochen,
Das Licht drang ein bis zu den tiefen Gründe -
Und es geschah, so wie der Geist gesprochen!
K. F.

eine geeignete Ergänzung der bisherigen und anderen... Die deutsche Revolution, Geschichte der Deutschen Bewegung von 1818 und 1848 von Wilhelm Bloß.

Wir erhalten jeben Heft 8 des Beserungsverleses: Die deutsche Revolution, Geschichte der Deutschen Bewegung von 1818 und 1848 von Wilhelm Bloß.

Das vorliegende Heft schildert das Verhalten der Epischbürger und der Proletarier während der Bewegung des Jahres 1848, sowie die hervorragende Thätigkeit der Studenten und Arbeiter in Wien.

Das Werk wird in 22 Lieferungen à zwei Vogen Großkollat. komplett vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pfennig.

Briefkasten.

Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner die Nr. 9 des „Korrespondenzblattes“ der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

Die Expedition des „Grundstein.“ Situationsberichte aus Wistler, Mülheim, Düsseldorf, Staßfurt, Mainz und Wiesbaden konnten in dieser Nummer keine Aufnahme mehr finden.

Wachst? Anonyme Einwendungen finden keine Berücksichtigung.

Wallenstein am Sarz, H. C. Klauen Sie, daß eine Zeitungredaktion allwissend ist? Wir vermögen Ihnen auf Ihre Fragen keine Antwort zu erteilen.

Hamburg, J. A. Fragen Sie Herrn Hartwig selbst, wenn er mit seiner Behauptung es besänden sich Leute an der Spitze unserer Organisation.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

Sitz Hamburg.

In der Zeit vom 19 bis 26. April sind folgende Beiträge für die Hauptkasse eingegangen:

- Son der örtlichen Verwaltung in: Chemnitz M. 30.—, Alst 21.41, Stendal 23.95, Pirschberg I. Ehl. 10.88, Altona 300.—, Gültrow 16.24, Minden I. W. 41.20, Lüneburg 17.52, Neubrand 11.00, Nohleben 18.—, Summa M. 492.90. Hamburg, den 26. April 1892.

F. Wisbrandt,

Homburg, Jollbereinsverlage, Wilhelmstr. 13, 1.

Bekanntmachungen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

Sitz Hamburg.

Da in verschiedenen Zirkeln mit dem 30. Juni d. J. (Jahresabschluss des ersten Geschäftsjahres) neue Mitgliederverzeichnisse erforderlich werden, so machen wir die Bevollmächtigten darauf aufmerksam, nicht bis zum letzten Augenblick mit der Bestellung der Bücher warten zu wollen, sondern schon jetzt dem Vorstand davon Mitteilung zu machen, um die nötige Vorlage fertig stellen zu können.

Zur Beachtung! Mit dem 1. April d. J. ist das Gesetz betreffend die Gewerbegerichte in Kraft getreten und sind auf Grund dieses Gesetzes in verschiedenen Städten Deutschlands Gewerbegerichte errichtet worden.

Für den Vorstand ist es, da nach Paragraph 1 Abs. 2 unseres Statuts den Mitgliedern unentgeltlicher Rechtschutz zuzuflehren, von großer Wichtigkeit, zu wissen, in welchen Städten Gewerbegerichte, Innungs-

hiedegerichte usw. bestehen. Wir richten deshalb an die Bevollmächtigten, Vertrauensmänner und Mitglieder des Gewerks, uns diesbezügliche Mitteilungen zugehen zu lassen.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingelichene Hülfskassa Nr. 7. Stg. Altona) In der Woche vom 17. bis 23. April sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Eggeln M. 42.38, Steinbeck 100, Breitin 100, Hennigsdorf 100, Spk. I. 2. 50, Beitz 100, Lüneburg 100, Görlitz 50, Elettin 400, Herbsleben 100, Gaarg a. D. 30, Segeberg 50, Neuzell 64.60, Gell. 100, Wiefenbügg 143.60, Alteschauen 100, Summa M. 1640.58

Altona, den 23. April 1892.

Bekanntmachung.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“.

Der Maifeier wegen ist das Kassenlokal am 1. Mai geschlossen.

Achtung!

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“.

Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß sich die Wohnung des Kassiers vom 1. Mai 1892 an in Eppendorf, Albersfr. 16, 2. Stg. links befindet.

Unterstützungsverein der Maurer im Westen Berlins.

Mitglieder-Versammlung

am Montag, den 2. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Königs Hof“, Rütowstr. 37.

1 Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Quittungsmarken

(Kaufstempel) sowie alle Druckarbeiten für Vereine und Kassen

empfehlst in anerkannt vorzüglicher Ausführung Conrad Müller, Schkenditz-Keipzig.

Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

- Barmen. Sonntag, den 8. Mai, bei Herrn Hünneberg, Oberdörnerstraße 69. Bergedorf. Sonntag, den 8. Mai, Nachmitt. 4 Uhr, im Gasthaus „St. Petersburg“. Berlin I. (Buzer.). Sonntag, den 1. Mai, Vormittags 11 Uhr, im Lokale „Völgelstraße“, Dresdenerstraße 46. Berlin II. Mittwoch, den 4. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Schaffer, Inselstr. 10. Bielefeld. Sonntag, den 1. Mai, Morgens 10 Uhr, bei Herrr Wilsfeld, Bürgerweg 14. Breslau. Mittwoch, den 4. Mai, Abends 8 Uhr, bei Wwe. Karzsch, Ritterplatz 9. Büttow. Sonntag, den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirt Herrn Wendt. Bunzlau. Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Stern“. Buxtehude. Sonntag, den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, im „Teufchen Hause“. Cöln a. Rh. Jeden Sonntag, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Klemmer, St. Gricgenstr. 69. Cöln. Sonntag, den 8. Mai, im Restaurant „Zum Weinberg“. Danzig. Dienstag, den 3. Mai, Abends 7 Uhr, im Vereinsbause, Köpfergasse 24. Düsseldorf. Sonntag, den 1. Mai, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Mathellen, Kasernenstr. 66.

Duisburg. Sonntag, den 8. Mai, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Dresler, „Drei Kronen“, Knäppelmarkt 2. Gießen. Dienstag, den 3. Mai, im Gasthof „Zum Kronprinz“. Gießen. Sonntag, den 15. Mai, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Gerdrach, Weichstr. 14. Erfurt. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schramm, Gothardstraße 44.

Essen a. d. Ruhr. Sonntag, den 8. Mai, bei Wwe. Krab, Steelerthor. Genu. Sonntag, den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Strud, Am Markt, Maurerherberge. Hienzburg. Dienstag, den 3. Mai, in der Maurerherberge.

Frauenhausen (Ruyshäuser). Sonntag, den 8. Mai, in „Velleue“. Gaarden. Donnerstag, den 6. Mai, bei Herrn Petersen, Schulstraße. Gelsenkirchen. Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Herdenbach, Vereinststraße 11.

Görlitz. Donnerstag, den 5. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Nischhalle“. Grevebühnen. Sonntag, den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hofmeister, Wismarische Straße 100. Gütztow. Sonntag, den 1. Mai.

Hamburg. Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, in „Tilgels Gasthause“, Valentinstamp 41. Harburg (Elbe). Donnerstag, den 5. Mai, Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Karnapp. Hildesheim. Sonntag, den 1. Mai.

Hirschberg (Schl.). Dienstag, den 8. Mai, Abends 6 Uhr, bei Herrn Schrey, „Schwarzes Hof“ 18. Insum. Sonnabend, den 7. Mai, bei Wwe. Carstens, Schiffbrücke. Jhebo. Dienstag, den 8. Mai, Abends 8 Uhr, in der Zentralherberge des Herrn M. Saff, Sandberg.

Kiel. Mittwoch, den 4. Mai, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“. Liegnitz. Sonnabend, den 7. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof „Zu den drei Bergen“, Sahnauerstraße 7. Lübeck. Mittwoch, den 4. Mai, im „Berliner Hof“, Fühnhäufen.

Mainz. Sonntag, den 1. Mai, im Lokale „Weißes Köpchen“, Hauptgasse. Meisdorf. Mittwoch, den 4. Mai, bei Herrn Karstens. Minden I. W. Samstag, den 14. Mai, Abends 6 Uhr, bei Frn. Wischmeier, Ritterstraße 18. Weiraag-abend.

Mülheim a. d. Ruhr. Samstag, den 7. Mai, Abends 8 Uhr, bei Herrn Ueberhoff. Neubrand. Sonntag, den 8. Mai. Neumünster. Donnerstag, den 5. Mai, im „Palmsalon“, bei Herrn Nagel.

Nienstedten. Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schnepel. Nordenham. Sonntag, den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Wietling, Bahngasse. Nordhausen. Sonnabend, den 7. Mai.

Offenbach. Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration B. Eisenmenger, Herrenstraße 46. Pforzheim. Jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im Lokale „Zur Eintracht“, Reuchlinstraße 12. Pinnberg. Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hantsch.

Posen. Sonntag, den 1. Mai, Mittags 12 Uhr, bei Herrn Krüger, Bernikerstr. 18. Preetz. Sonntag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, bei Herrn Luchting, Wadenborferstraße 422.

Quedlinburg. Mittwoch, den 4. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Uter“. Reudburg. Sonnabend, den 7. Mai, bei Herrn Nebel, Herentstraße 11. Ritzdorf. Dienstag, den 8. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Kummer, Berlinerstraße 188.

Roskov I. W. Mittwoch, den 4. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn B. Brandt, Beguinenberg 10. Schleswig. Sonntag, den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, in der Maurerherberge, Domzielhof. Schwaan. Sonntag, den 1. Mai.

Stahfurt. Montag, den 2. Mai, Abends 8 Uhr, bei Herrn Thelenmann. Steinbeck. Mittwoch, den 4. Mai, im Vereinslokale. Stellingen-Langensfeld. Dienstag, den 3. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Herrn Thelen in Stellingen.

Stendal. Sonntag, den 8. Mai, bei Herrn Molitz, Bogelstraße 17. Stralsund. Montag, den 2. Mai. Stuttgart. Sonntag, den 8. Mai, Morgens 10 Uhr, in der „Glocke“, Leonhardsplatz.

Tempelhof. Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn E. Hlger, Mariendorf, Adersstraße 1. Thorn. Sonntag, den 1. Mai, im Vereinslokale. Tilsit. Sonnabend, den 7. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.

Trier. Sonntag, den 1. Mai. Uetersen. Sonnabend, den 7. Mai, bei Herrn Labb. Wandersbeck. Dienstag, den 3. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Ehtley, Wädelstr. 55. Waren. Sonntag, den 1. Mai, bei Herrn Seimüller. Warnemünde. Dienstag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr.

Weichensee. Dienstag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gebauer. Wilhelmshburg. Freitag, den 6. Mai.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.